

U m t r a g e

V e r h a n d l u n g s p r o t o k o l l

der 79. Sitzung des Bundesrates vom 18. November 1958

---

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Dr. Holenstein  
Abwesend: HH. Etter und Lepori (dienstl.)  
Schriftführer: HH. Oser und Weber  
Protokolle: keine  
Beginn: 9 Uhr Schluss: 10 Uhr 35

---

Mitteilungen des Vorstehers des EPD

Herr Petitpierre erwähnt kurz den Militärputsch im Sudan, der noch zu kurze Zeit zurückliegt, um richtig kommentiert werden zu können. Der erste Eindruck ist der, dass man einen neuen Beweis für die Unstabilität der arabischen Welt erhalten habe und dass die Pläne Oberst Nassers sich mehr und mehr zu verwirklichen scheinen.

Schriftliche Anträge

Justiz- und Polizeidepartement

Kleine Anfrage Grendelmeier

Der Herr Bundespräsident schlägt eine Aenderung vor, wodurch die Abkürzung OG, die den meisten Zeitungslesern unbekannt sein dürfte, verständlicher wird. Herr Streuli beanstandet im letzten Absatz die Wendung "zu gegebener Zeit". Nachdem in dieser Angelegenheit schon sovieler Vorstösse erfolgt sind, erwartet man bestimmtere Angaben. Der Herr Bundeskanzler unterbreitet einen neuen Text der Justizabteilung, dem der Rat zustimmt (siehe Beschlussprotokoll).



U m f r a g e

Hr. C h a u d e t

Die Belastung des Bundesrates - ferngesehen

Herr Dr. Mörgeli möchte am nächsten Freitag abend im Fernsehen ein Gespräch mit zwei höheren Bundesbeamten (Dr. Kaech und Dr. Huber) und einen Nationalrat über die Belastung der Bundesräte bringen. Der Rat ist der Meinung, dass diese Sendung unterbleiben sollte. Es geht nicht wohl an, dass höhere Bundesbeamte sich zu dieser Frage äussern und dazu nur die Vertreter zweier Departemente. In der Oeffentlichkeit könnte dadurch der Eindruck erweckt werden, eine solche Sendung sei inspiriert. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, Herrn Dr. Mörgeli und die Television von dieser Stellungnahme des Bundesrates zu verständigen.

Militärausgaben

Herr Chaudet sah sich veranlasst zur Frage der künftigen Entwicklung der Militärausgaben einige Ausführungen vor eidgenössischen Kommissionen zu machen, weil in der Militärkommission des Ständerates Herr Moeckli sich seine Stellungnahme zum Antrag betr. Militärische Bauten vorbehielt, bis er den Standpunkt des Vorstehers des FZD zu den Militärkrediten kenne und weil in der nationalrätlichen Finanzkommission bei der Budgetberatung die Frage des Plafonds von 800 Millionen Franken für die Militärausgaben zur Sprache kam. Der Vorsteher des EMD habe darauf verwiesen, dass diese Zahlen im Finanzplan der Jahre 1953 - 1963 reine Schätzungen seien, die nie als definitiv bezeichnet wurden. Er habe die entsprechenden Ausführungen in der Botschaft über die verfassungsmässige Neuordnung des Finanzhaushaltes des Bundes in Erinnerung gerufen. Er habe auch darauf hingewiesen, dass der Bundesrat das Militärbudget auf einer Höhe gehalten habe, die in keinem Verhältnis zur Erhöhung der Preise für das Kriegsmaterial stehe. Schliesslich habe er auf die neuen mit der Reorganisation der Armee verbundenen Aufgaben verwiesen, die es wahrscheinlich erscheinen lassen, dass wir einem Budget entgegen gehen, das die Milliardengrenze überschreiten wird. Die Kommission habe trotzdem das Militärbudget für 1959 genehmigt. In der Diskussion sei auch die Bemerkung gefallen, dass die Ausführungen des Vorstehers des EMD teilweise mit denen des Vorstehers des FZD im Widerspruch ständen.

Herr Streuli teilt mit, dass er die Finanzverwaltung beauftragt habe, einen Bericht an den Bundesrat über die heutige Lage zu machen, der dann noch an das EMD zum Mitbericht gehen soll. Eine Aussprache des Bundesrates über die künftigen Fragen des Bundesfinanzhaushaltes (Finanzplan 1959 - 1963) sei noch vor der Session nötig, damit der Bundesrat eine einheitliche Stellung gegenüber Vorstössen und Fragen von Parlamentariern beziehen kann. Es gebe nichts schlimmeres, als wenn die Mitglieder des Rates verschiedene Auskünfte erteilen. 1960 werden wir um 100 Millionen



weniger Einnahmen haben. Wenn wir nicht die Ausgaben senken können, gibt das ein Defizit in dieser Höhe. Man werde bei der Armee nicht mehr alles tun können und sich auf das absolut Unerlässliche beschränken müssen. Wenn trotzdem die Ausgaben steigen, müsste das FZD verlangen, dass man neue Einnahmen schaffe, was nur im Wege der Verfassungsänderung möglich sei. Das gegenwärtige Budget müsse heruntergezimmert werden, damit wir diesmal durchkommen. Von den Zahlen des Grünbuches sei Herr Streuli erschüttert gewesen. Bringolf, als Präsident der Finanzkommission habe erklärt, er sei über das Ergebnis "freudig überrascht". Es gibt Leute, die froh sind, dass es heute anders aussieht, als der Bundesrat vorausgesetzt hat. Politisch und psychologisch habe das alles grosse Bedeutung.

Herr Chaudet ergänzt seine Ausführungen noch dahin, dass er erklärt hätte, man werde sich so gut wie möglich an die 800 Millionengrenze halten.

Das Grünbuch ist in der Militärkommission durchbesprochen. Darin seien sämtliche Bedürfnisse im Zusammenhang mit der neuen Truppenordnung berücksichtigt. Der Bundesrat werde das Grünbuch noch im Laufe dieses Monats erhalten.

Der Herr Bundespräsident nimmt für die vorgesehene Aussprache die Sitzung von Freitag, den 28. November, in Aussicht.

#### Hr. Petitpierre

##### Vorkommnisse im Zusammenhang mit dem Hinschiede von Herrn Feldmann

Die Abwesenheit des Nuntius an der Trauerfeier hat gewisse Reaktionen hervorgerufen. Man sollte die Gründe in möglichst diskreter Weise abklären und zunächst einmal in Erfahrung bringen, wie weit Herr Etter informiert ist.

Trotz der vom Bundesrat angeordneten Trauer hat der sowjet-russische Geschäftsträger den Empfang anlässlich der Oktoberrevolutionenfeier durchgeführt. Der Rat teilt die Beurteilung des Vorfalles durch den Vorsteher des EPD. Es handelt sich um eine ausgesprochene Taktlosigkeit, die aber keine diplomatischen Schritte erfordert. Das EPD hat dafür gesorgt, dass der Anlass von niemandem aus der Bundesverwaltung besucht wurde.

##### Vertretung der Schweiz beim Heiligen Stuhl

Nachdem am ~~am~~ konservativen Parteitag Herr Bourgnicht diese Frage aufgeworfen hat, hält es Herr Petitpierre für zweckmässig, dass sich der Bundesrat einmal darüber ausspricht. Er weist darauf hin, dass er vor Jahren in der ständerätlichen Kommission für auswärtige Angelegenheiten auf Grund einer Anfrage von Herrn Ständerat Zust darüber Ausführungen gemacht habe. Das EPD werde den Mitgliedern des Rates einen Bericht zustellen, der als Diskussionsgrundlage dienen kann. Der Rat ist damit einverstanden, nachdem der Herr Bundespräsident noch darüber Aufschluss gegeben hat, wie es zu den erwähnten Ausführungen des konservativen Parteipräsidenten gekommen sei. (Eingabe verschiedener Parteimitglieder an Herrn Condrau).



## Hr. Streuli

### Zolleinnahmen im Oktober

Diese sind um 3,1 Mio. Fr. niedriger als im gleichen Monat des Vorjahres. Der Herr Bundespräsident erwähnt in diesem Zusammenhang, dass zum ersten Mal unsere Ausfuhr grösser ist als die Einfuhr.

### Voranschlag. Anregung Maspoli

Herr Maspoli hatte angeregt, im Budget einen Posten von 50000.- Franken vorzusehen für die Verbesserung der Räumlichkeiten, die im Bundeshaus den Parlamentariern zur Verfügung stehen. Er hat dann darauf verzichtet, weil zuerst die praktischen Lösungsmöglichkeiten abgeklärt werden sollten. Das FZD wird sich mit dem EDI verständigen und veranlassen, dass die Baudirektion sich wegen dieser Wünsche mit den Bureaux der eidg. Räte in Verbindung setzt.

### Angelegenheit Interhandel. Erklärung J.G. Farben

Herr Streuli erkundigt sich, ob durch diese Erklärung etwas an unserer Prozesssituation geändert werde. Herr Petitpierre teilt dem Rate mit, dass der Anwalt der U.S.A. aus einem Bureau komme, das die Interessen der J.G. Farben in den U.S.A. vertritt. Der Redner glaubt nicht, dass zur Zeit diese Erklärung das Verfahren beeinflussen wird. Es ist aber <sup>werde</sup> sehr gut möglich, dass der Internationale Gerichtshof erklären, dass der Prozess zuerst von den amerikanischen Gerichten durchgeführt werden müsse. Hier und besonders bei den gütlichen Verhandlungen mit den USA kann die Erklärung der JG Farben unangenehm werden.

## Präsidialvorbringen

### Einladung Jugoslawien 29. November

Herr Petitpierre stellt fest, dass diese Einladung schon an und für sich unkorrekt ist, weil es z.Zt. keinen akkreditierten jugoslawischen Botschafter in Bern gibt. Als Einladender ist aber der jugoslawische Botschafter auf der gedruckten Einladung erwähnt, aber ohne Namensnennung. Der Bundesrat ist zu diesem Zeitpunkt noch in Trauer. Das EPD wird jemanden abordnen.

### Einladung der Aufzugfabrik Schindler & Co. zur Eröffnung des Werkes Ebikon

Die Firma hat in einem Schreiben an den Vorsteher des EPD den Wunsch geäußert, dass der Bundesrat an die Werkeröffnung vom 12. Dezember einen Vertreter abordne. Nach einem kurzen Meinungsaustausch wird beschlossen, das Geschäft auf eine nächste Sitzung zu verschieben.

## Protokolle der letzten Sitzungen

Die Verhandlungsprotokolle der 78. Sitzung vom 17. November und der 79. Sitzung vom 18. November haben im Rate zirkuliert. Die Genehmigung wird bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt, um dem Herrn Bundespräsidenten auch noch Gelegenheit zur Einsichtnahme zu geben.